

gelesen gehört gesehen

1955 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 800 000 Kinder von deutschen Eltern geboren, die damalige Zahl von Ausländerkindern kann vernachlässigt werden, denn es gab noch keinen relevanten Anteil von „Gastarbeitern“. Zehn Jahre später, also 1965, war die Zahl der deutschen Geburten auf mehr als eine Million gestiegen – auf den Höchststand, der in der Nachkriegszeit verzeichnet wurde. Gleichzeitig wurden bereits 40 000 Ausländerkinder geboren. Wiederum zehn Jahre weiter, 1975, war die Zahl der deutschen Geburten auf etwas mehr als 500 000 gesunken. Das bedeutet: Wir haben innerhalb von zehn Jahren fast eine Halbierung der Zahl deutscher Neugeborener zu verzeichnen; die Zahl der ausländischen Geburten stieg in dieser Zeit auf 100 000 pro Jahr. Das sind ganz grob skizziert, die demografischen Ursachen, vor deren Hintergrund wir uns heute über den Schülerzahlenrückgang und seine Konsequenzen zu unterhalten haben.¹

Expansion und Schrumpfung

Die Geburtenzahlen führten in den sechziger Jahren zunächst einmal zu einer starken Expansion des Schulwesens. Es kam zu einem erheblichen Ausbau und Neubau von Schulen, um die steigenden Schülerzahlen zu bewältigen. Während in den sechziger Jahren das Schulsystem somit auf eine Schülerzahl von etwa eine Million pro Jahrgang hin ausgebaut wurde, treten gegenwärtig in die Sekundarstufe jährlich nur noch ungefähr 600 000 Schüler ein. Kurz und betriebswirtschaftlich gesprochen: Es gibt ganz erhebliche Überkapazitäten, es gibt viel mehr Schulen und Schülerplätze als gebraucht werden. Eine solche Aussage darf aber nicht alleine stehen, vielmehr muß sofort hinterhergeschickt werden: Sie gilt nur dann, wenn bisherige Klassenfrequenzen in etwa beibehalten werden; denn eine Halbierung der Schülerzahlen wäre für das System der Schulversorgung weitgehend folgenlos, wenn auch gleichzeitig die Klassenfrequenzen halbiert würden. Dann könnte man nämlich alle bestehenden Schulen und alle bestehenden

Lehrerarbeitsplätze beibehalten. Insofern muß bei dieser Quantitäten-Problematik stets die Lehrerversorgung, also die jeweiligen Schüler-Lehrer-Relationen, mitgesehen werden. Es gibt keinen naturwüchsigen Prozeß, der zur Folge hat, daß das Sinken der Schülerzahlen die Reduzierung oder die Schließung von Schulen bewirkt. Dies gilt nur dann, wenn Versorgungsrelationen nicht verändert werden, wenn also pädagogisch unverantwortbare Klassenfrequenzen weiter bestehen bleiben. Nun leben wir gegenwärtig nicht in einer Zeit, in der Politiker bereit sind, die Halbierung der Klassenfrequenzen zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Haushaltsmisere haben wir es daher schon jetzt im Bereich der Sekundarstufe I mit einer *Schrumpfung des Schulsystems* zu tun. Dies läßt sich beobachten an den sinkenden Betriebsgrößen vieler Schulen, außerdem an Konzentrationsprozessen: Einzelne Schulschließungen stehen an, Schulen werden zusammengelegt, andere „laufen aus“. Die Schrumpfung läßt sich auch am Abbau von Lehrerstellen in den Landeshaushalten festmachen. Und konkret vor Ort heißt das dann: Lehrer werden von einer Schule zur anderen versetzt, weil Schülerzahlen an bestimmten Schulen geringer werden

und damit angeblich Stellen überflüssig werden. Auch dies läßt sich betriebswirtschaftlich sehen: Aus vorhandenen Überkapazitäten erwächst die Gefahr von Betriebs-schließungen. Dies führt zu extremer Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Anbietern.

Schüler sind begehrt wie nie, weil nur eine hinreichende Zahl von Schülern den Bestand des eigenen „Betriebs“, der eigenen Schule, sichert. Die analytische Frage, die an dieser Stelle anknüpft, lautet: Wie sieht diese Konkurrenzsituation auf dem „Schülermarkt“ aus, welcher der Anbieter hat welche Chancen, sich zu behaupten?

Schrumpfung im dreigliedrigen Schulsystem

Der Rückgang der Schülerzahlen trifft nun auf eine ganz bestimmte Anbieterstruktur, auf das dreigliedrig organisierte Schulsystem: Jedes Jahr verlassen weniger Grundschüler die vierten Klassen und gehen über in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.² Bis weit in die sechziger Jahre hinein besuchten 60 und mehr Prozent aller Schüler die Volks- bzw. Hauptschule.³ Realschulen und Gymnasien be-

trieben gerade in dieser Zeit steigender Schülerzahlen eine Politik der Leistungsauslese. Sie warben nicht um Schüler, sondern sie wiesen die Ungeeigneten ab. Ablesen kann man dies z. B. an der „Erfolgsquote“ im Gymnasium, die lange Zeit unter 50 % lag: weniger als die Hälfte der Schüler, die in die Sexta eintrat, machte auch das Abitur.⁴ In den sechziger und siebziger Jahren fand nun ein ganz immenser Ausbau insbesondere des Gymnasial- und Realschulbereichs statt. Zwischen 1960 und 1978 wurden im Gymnasialbereich die Schülerplätze mehr als verdoppelt, dies geschah sowohl durch viele Neugründungen als auch dadurch, daß einzelne Gymnasien immer größer wurden. Im Realschulbereich fand in der gleichen Zeit eine Verdreifachung des Schülerplatzangebotes statt.⁵ Der Schrumpfungprozeß der achtziger Jahre, in dem wir uns jetzt befinden, findet somit statt vor dem Hintergrund erheblich ausgebauter Kapazitäten, insbesondere im Realschul- und Gymnasialbereich. Um dies ganz plastisch zu machen: Wenn die 1981 vorhandenen Aufnahmekapazitäten der fünften Klassen von Realschulen und Gymnasien im gleichen Umfang auch 1985/86 noch angeboten werden sollten (und wenn die Klassenfrequenzen nicht gesenkt werden),

Klaus-Jürgen Tillmann

Schulen ohne Schüler?

Der Schülerzahlenrückgang in der Sekundarstufe und seine pädagogischen Konsequenzen

Schüler sind heute begehrt wie nie, der drastische Rückgang der Geburten in den letzten zehn Jahren schafft zunehmend eine Art Konkurrenz-situation zwischen den einzelnen Schulen und Schultypen: Nur eine hinreichende Zahl von Neuanmeldungen sichert jeweils den Bestand des „Betriebs“ Schule. Welcher Anbieter hat welche Chance, sich zu behaupten und welche pädagogischen Konsequenzen können sich aus diesen neuen Marktmechanismen innerhalb der staatlichen Domäne „Schulwesen“ ergeben?

dann können diese beiden Schulformen 1985 mehr als 80 Prozent (!) aller Grundschüler aufnehmen. Nun ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine solche Entwicklung – also 80 Prozent gehen zu Realschule und Gymnasium –, eintreten wird, gar nicht so gering. Denn in der Konkurrenz der Sekundarschulen um die immer kleiner werdende Zahl der Schüler haben insbesondere die Gymnasien ganz erhebliche Startvorteile. Sie sind eine etablierte, eine hochangesehene Schulform, die meistens vor Ort schon sehr lange besteht und damit auch lokal gut verankert ist. Das Gymnasium bietet nach wie vor den „Königsweg“ zum Abitur an, denn es verfügt über die Klassen 5 bis 13. Und schließlich darf man auch nicht übersehen, daß Gymnasien die Möglichkeit haben, ihre Schülerzahl schlicht dadurch zu erhöhen, daß sie die interne Versagerquote reduzieren. An dieser Stelle wird damit erstmals deutlich, daß es offensichtlich auch positive Auswirkungen des Schrumpfungsprozesses gibt; denn wenn Gymnasien gehalten sind, weniger Leistungsauslese zu betreiben, sich statt dessen mehr darum zu kümmern, daß die Schüler innerhalb ihrer Schule erfolgreich lernen, dann ergibt sich daraus für die Schüler eine wesentlich bessere pädagogische Situation.

Doch zurück zu der Einschätzung, daß Gymnasien und Realschulen einen immer höheren Schüleranteil erwerben werden: Diese Tendenz hat etwas mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun, unter denen sich in den achtziger Jahren der Prozeß des Schülerzahlen-Rückgangs vollzieht: Zum einen verstärken Arbeitslosigkeit und Ausbildungskrise den Run auf höhere Bildungsabschlüsse: Inzwischen wollen 83% aller Eltern für ihre Kinder den Realschulabschluß oder das Abitur, nur noch 17% der Eltern plädieren dafür, daß ihr Kind die Schule mit dem Hauptschulabschluß verlassen soll.⁶ Dahinter steckt die Erfahrung, daß in einer Zeit der Lehrstellenknappheit unterhalb der „Mittleren Reife“ auf dem Ausbildungsmarkt kaum noch ein Platz zu erwerben ist. Eine zweite Rahmenbedingung kommt hinzu: Die große Zahl ausländischer Schüler wird in der Sekundarstufe I fast allein von der Hauptschule versorgt. Das führt vor allem in städtischen Regionen (z. B. Berlin, Frankfurt, Hamburg) dazu, daß die Hauptschulen zur Schule der Ausländerkinder wird. Deutsche Eltern reagieren auf diese Situation durch verstärkte Absetzbewegungen von der Hauptschule. Das Fazit dieser Analyse lautet damit: In dem Konkurrenzkampf vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen kann sich

Wenn Gymnasien gehalten sind, weniger Leistungsauslese zu betreiben, sich statt dessen mehr darum zu kümmern, daß die Schüler innerhalb ihrer Schule erfolgreich lernen, dann ergibt sich daraus für die Schüler eine wesentlich bessere pädagogische Situation.

die Hauptschule nicht behaupten. Verläuft also dieser Schrumpfungsprozeß weiter so „naturwüchsig“ wie bisher, ohne daß bildungspolitisch gezielt eingegriffen wird, so wird zumindest in großstädtischen Regionen sehr bald nur noch ein dünnes Netz von Hauptschulen bestehen. Dort findet sich dann eine bisher nicht gekannte Konzentration von Ausländerkindern, durchsetzt mit deutschen „Schulversagern“. Der weitaus größte Teil der deutschen Kinder wird die Realschule oder das Gymnasium besuchen. Allerdings werden auch bei diesen Schulformen Reduzierungen und Schulschließungen nicht generell vermeidbar sein; denn der Schülerrückgang ist insgesamt so groß, daß nicht alle Realschulen und Gymnasien dies durch höhere Übergangsquoten werden kompensieren können.

Die Konsequenzen, die sich aus diesen quantitativen Entwicklungen – aus sinkenden Schülerzahlen und geändertem Übergangsverhalten – für die einzelnen Schulen ergeben, sind äußerst unterschiedlich. Selbstverständlich gibt es auch die eine oder andere Schule (etwa in Zuzugsgebieten), die davon überhaupt nicht betroffen ist. Für die Mehrheit der Sekundarschulen stellen sich jedoch in abgestufter Weise Konsequenzen ein: Diese Schulen werden kleiner, möglicherweise müssen sie ums Überleben kämpfen, oder sie werden gar zusammengelegt oder geschlossen. Daraus ergeben sich drei unterschiedliche Problemlagen, die im folgenden einzeln betrachtet werden.

Problem 1: Schulen werden kleiner

Für alle Schulformen in der Sekundarstufe I führen sinkende Schülerzahlen dazu, daß die Jahrgangsbreiten reduziert werden. Schulen müssen sich also darauf einstellen, mit weniger Schülern in einem Jahrgang zu arbeiten. Eine solche Entwicklung hat zunächst einmal für die lokale Versorgung keine Konsequenzen, weil der einzelne Schulstandort ja erhalten bleibt. Es ergeben sich jedoch innerschulische, also pädagogische Konsequenzen: Nicht selten führt dieser Prozeß auch dazu, daß Riesenschulen auf eine eher überschaubare Größe

schrumpfen: Besonders Gymnasien und Gesamtschulen haben sich in den siebziger Jahren – häufig durchaus ungewollt – zu Großsystemen mit 2000 und mehr Schülern entwickelt. Wenn diese Schulen nun wieder kleiner werden, kann das eigentlich nicht als Schwierigkeit gesehen, sondern muß eher als pädagogische Chance begriffen werden: Die Schule wird überschaubarer, die räumlichen Bedingungen verbessern sich erheblich. Wer daran jedoch die Hoffnung knüpft, endlich in kleineren Klassen intensiv arbeiten zu können, hat die Rechnung ohne die Finanzminister gemacht: Denn in einem solchen Fall werden nicht Klassenfrequenzen deutlich reduziert, sondern Lehrer abgezogen. Zusätzliche innerschulische Konsequenzen ergeben sich, wenn die Schülerzahl unter eine bestimmte *Mindestgrenze* sinkt: Die *Gesamtschule* braucht z. B. eine bestimmte Schüler- und Lehrerzahl um einen Mindeststandard im Wahlpflichtbereich zu halten. Wenn Gesamtschulen dreizügig oder gar kleiner werden, stellen sich hier ganz erhebliche Probleme ein.

Bei der Hauptschule bezieht sich das gleiche Problem vor allem auf das Fächerspektrum der Lehrer. Konkret: Kann eine einzügige Hauptschule mit neun oder zehn Lehrern einen qualifizierten Fachunterricht gewährleisten, oder wird nicht hier der Mangel an Fachlehrern zu einer weiteren Bildungsbenachteiligung von Hauptschülern? Beim *Gymnasium* dreht sich bei diesem Problem alles um die Frage: Wieviel Schüler werden für eine eigene Oberstufe benötigt? Bei den verschiedenen Schulformen stellen sich somit die Probleme des Kleinerwerdens sehr unterschiedlich. Generell läßt sich aber sagen, daß sich mit einiger Kreativität auch kleinere Schulen ohne pädagogischen Substanzverlust organisieren lassen. Gelegentlich führen geringere Schülerzahlen sogar zu einem gewissen Zwang, sich pädagogisch bessere Lösungen einfällen zu lassen. Nehmen wir nur ein Beispiel: Wenn eine Gesamtschule zwei- oder dreizügig arbeiten muß, ist ein angemessener Wahlpflichtbereich z. B. dadurch zu sichern, daß die Kurse jahrgangsübergreifend angeboten werden. Dadurch

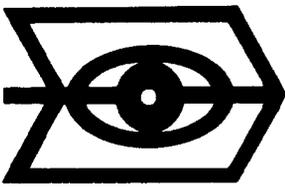
entsteht sogar ein größeres Angebots-Spektrum als vorher, darüber hinaus werden den Schülern zusätzliche soziale Lernchancen geboten.

Man muß allerdings für alle Schulformen auch sagen, daß es bestimmte quantitative Untergrenzen gibt. Eine Schule kann nicht beliebig klein sein. Über die Untergrenzen muß neu nachgedacht und neu diskutiert werden, auch um neue und kreative Lösungen zu finden. Dies darf aber nicht auf ein „Zurück zur Zwergschule“ hinauslaufen: eine einzügige Hauptschule ist ebenso wenig pädagogisch leistungsfähig wie ein einzügiges Gymnasium. Eine solche Aussage hat allerdings Konsequenzen: Die Forderung, *jeder* Schulstandort muß erhalten bleiben, *jede* Schule muß weiterarbeiten, ist weder realistisch noch pädagogisch verantwortbar.

Es ist also unerlässlich, sich über die Frage sinnvoller Schulzusammenlegungen in der Sekundarstufe I Gedanken zu machen. Und damit wäre ich bei meinem zweiten Problem.

Problem 2: Schulen kämpfen ums Überleben

Dies ist eine äußerst facettenreiche Problematik: So überweisen z. B. Grundschulen immer weniger Schüler zur Sonderschule für Lernbehinderte. Die Ursache mag darin liegen, daß in den Grundschulen aufgrund kleinerer Klassen schwächere Schüler inzwischen besser gefördert werden können. Häufig liegt die Sache aber anders: Die Bestandsgefährdung einer Grundschule oder aber auch nur die Bestandsgefährdung eines Rektorengelands erweist sich als die tatsächliche Quelle sinkender Überweisungen. Es kann dies eine pädagogisch positive Auswirkung des Schrumpfungsprozesses sein, weil weniger Schüler ausgegliedert und stigmatisiert werden. Man muß dann allerdings hoffen, daß sie in der Grundschule auch wirklich angemessen gefördert werden. Wenn hingegen die Grundschule so bleibt wie sie ist, wenn also diese Schüler lediglich im „normalen“ Unterricht sitzen, ohne daß zusätzlich mit ihnen gearbeitet wird, so sind positive pädagogische Auswirkungen für mich nicht zu erkennen. Die zweite



gelesen gehört gesehen

Facette: Sekundarschulen bemühen sich, ihre pädagogische Attraktivität zu steigern, um Eltern und Schüler an sich zu ziehen. Aus Hamburg habe ich z. B. gehört, daß einzelne Gymnasien den Arbeitslehrebereich ausbauen, daß Projektwochen an Gymnasien organisiert werden, daß Stütz- und Förderkurse eingeführt werden. Es sind dies vor allem Gymnasien, die in Konkurrenz mit Gesamtschulen stehen und die zusätzlich zu ihrem gestandenen Image noch hinzufügen wollen, daß sie auch eine „pädagogische“ Schule sind. Ohne Zweifel, das sind positive Auswirkungen des Schrumpfungprozesses. Ähnliche Auswirkungen finden sich auch bei Gesamtschulen: Viele bemühen sich gezielt um ein pädagogisches Profil, das sie als eine Art „Magnetschule“ für ihren lokalen Bereich ausweist und auf diese Weise den Schülerzulauf sichern soll. Inhalte und Erfolgchancen dieser Bemühungen sind sehr unterschiedlich, sie hängen stark von den lokalen Bedingungen ab. Ein Beispiel ist die Gesamtschule Köln-Holweide, die über ihr Team-Kleingruppenmodell eine hohe Attraktivität gewonnen hat. Ein anderes Beispiel ist die Peter-Petersen-Gesamtschule in Hamburg. Es ist dies eine Schule mit langer Tradition, die bewußt ein eher klassisches Gymnasialprofil aufweist und dies auch nach außen darstellt, mit Schulchor, Ruderklub usw. Diese Gesamtschule wird in dem gutbürgerlichen Vorort, in dem sie steht, von den Eltern ganz hervorragend angenommen. Auch bei Hauptschulen findet man Bemühungen, sich als pädagogisch attraktiv zu erweisen. So hat es in Hessen ein großes Interesse der Schulen an der Beteiligung am „Modellversuch 10. Hauptschuljahr“ gegeben; denn eine solche Projektteilnahme weist diese Schule auch in ihrem lokalen Umfeld als eine besonders engagierte Schule aus. Demnach ergeben sich auch hier pädagogisch begrüßenswerte Auswirkungen des Schrumpfungprozesses. Dies ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite darf man dabei nicht übersehen: Die verschärfte Konkurrenz in der Sekundarstufe I um Schüler führt gleichzeitig zu ganz erheblichen Ausleseprozessen am

Ende der Primarstufe, unter denen ganz besonders Hauptschulen und Gesamtschulen zu leiden haben.⁷⁾

Problem 3: Schulen werden zusammengelegt oder geschlossen

In den meisten Bundesländern ist für Schulen der Sekundarstufe I eine bestimmte Mindestzügigkeit vorgeschrieben, die in der Regel durchaus pädagogisch sinnvoll begründbar ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sich m. E. unterhalb der Zweizügigkeit weder Realschulen noch Gymnasien noch Hauptschulen pädagogisch angemessen entfalten können. Im Interesse einer qualifizierten Ausbildung von Schülern ist es daher erforderlich, Mini-Schulsysteme abzulehnen. Dazu allerdings eine ganz wichtige Zusatz-Bemerkung: Auf dem Lande bedeutet die Schließung einer einzügigen Schule häufig, daß völlig unzumutbare Schulwege entstehen. Wenn über eine solche Schulschließung die Benachteiligung der Kinder im ländlichen Raum wieder neu belebt wird, wenn also die Entfernungen zur „weiterführenden“ Schule wieder so groß werden wie in den fünfziger Jahren, dann ist zu fordern: Ein solcher Standort muß erhalten bleiben, er muß in einem solchen Maße mit Lehrern versorgt werden, daß qualifizierter und fachspezifischer Unterricht möglich wird. Zugleich gilt aber: Der bedingungslose Kampf von Minisystemen ums Überleben – gerade in städtischen Regionen – muß sehr kritisch gesehen werden. Exemplarisch läßt sich dies gegenwärtig in Hamburg beobachten: Dort kämpfen einzügige Hauptschulen (mit angeschlossener Grundschule) mit allen Mitteln um den Fortbestand. Und dies, obwohl wenige Straßen weiter die nächste Schule mit den gleichen Problemen steht. Ewald Fabry hat aufgezeigt, daß in solchen Situationen die Hauptschulen in verstärktem Maße wieder auf ihre „eigenen“ Grundschüler zurückgreifen: Grundschulen, die vor wenigen Jahren noch 50 und mehr Prozent ihrer Kinder zur Gesamtschule und Gymnasium überwiesen haben, produzieren nun wieder zu 80 Prozent Hauptschüler – und zwar Hauptschüler für die eigene Hauptschule.⁸⁾ Diese Entwicklun-

gen führen dazu, daß in städtischen Regionen die Bildungschancen gerade für Arbeiterkinder wieder reduziert werden. Zugespißt gesagt: Die Schulen überleben hier auf Kosten ihrer Schüler. An dieser Stelle müssen sich die Lehrer fragen lassen: Haben die Arbeitsplatzinteressen des einzelnen Kollegen, an dieser einen und nur an dieser Schule unterrichten zu wollen, Vorrang gegenüber den Bildungsinteressen von Schülern?

Fazit

Wenn Konzentration und Zusammenlegung nicht zu vermeiden sind, so ist es, pädagogisch und schulplanerisch gesehen, der falsche Weg, Schulen *der gleichen Schulform* in der Sekundarstufe I zusammenzulegen. Wenn man z. B. zwei Realschulen zusammenlegt, werden Schulwege länger, evtl. reduzieren sich Bildungsbeteiligungsquoten aufgrund dieser längeren Schulwege, zugleich werden einzelne Schulgebäude aufgelassen und es geht damit Schulraum für schulische Nutzung verloren; gleichzeitig wird durch eine solche schulformspezifische Konzentration das dreigliedrige Schulsystem stabilisiert. Zu fordern ist statt dessen: Kooperation oder Integration verschiedener Schulformen der Sekundarstufe I. Um dies plastisch zu machen: Wenn ein Ort wegen der sinkenden Schülerzahlen nur noch eine einzügige Hauptschule, eine einzügige Realschule und ein einzüliges Gymnasium halten kann, dann wäre es völlig absurd, all diese Schulen zu schließen und somit einen schulischen Kahlschlag herbeizuführen. Die planerisch angemessene und pädagogisch sinnvolle Lösung ist vielmehr, an diesem Ort ein dreizügiges Schulzentrum der Sekundarstufe I zu installieren – ob in kooperativer oder integrierter Weise, ist dabei zunächst zweitrangig. Eine solche Zusammenarbeit der bisher getrennten Schulformen sichert insbesondere im ländlichen Bereich die wohnortnahe Versorgung. Aber auch für viele Standrandgebiete bietet sich dies als Lösung an. Selbstverständlich sind mir auch die politischen Widerstände gegen eine weitere Kooperation oder Integration in der Sekundarstufe bekannt. Doch legt man folgende Kriterien zugrunde:

- möglichst nahes Angebot aller Bildungsabschlüsse
- möglichst kurze Schulwege
- ausreichende Qualifikationsbreite des Kollegiums
- Durchlässigkeit der Bildungsgänge,

dann spricht alles für eine solche Lösung. Die bisherigen Überlegungen haben sehr deutlich gezeigt, daß die

massiv sinkenden Schülerzahlen unvermeidbar zu Veränderungen im Sekundarschulwesen führen werden. Die Konkurrenz um die Schüler führt dabei auf der einen Seite – etwa in Gymnasien – zu verstärkten pädagogischen Bemühungen; sie schafft aber zugleich auf der anderen Seite – vor allem in den Hauptschulen – pädagogische Problemlagen, die kaum noch zu bewältigen sind.

Auf diese quantitativen Veränderungen müssen sich jedoch nicht nur die einzelnen Schulen einstellen, vielmehr sind außerdem generelle bildungspolitische Reaktionen erforderlich. Hier hat es nun den Anschein, daß der quantitative Veränderungsdruck überwiegend genutzt wird, um Geld einzusparen, um das schulische Bildungsangebot zu verschlechtern und gleichzeitig das dreigliedrige Schulsystem ideologisch und faktisch aufzurüsten. Jedoch ist auch die gegenteilige Reaktion zumindest möglich: Der quantitative Veränderungsdruck läßt sich auch nutzen, um das schulische Angebot beizubehalten oder gar zu verbessern, wobei gleichzeitig strukturelle Reformen in der Sekundarstufe weitergeführt werden. Mit anderen Worten: Die pädagogischen Konsequenzen sinkender Schülerzahlen stellen sich nicht von selbst ein, sondern sie gehen durch das Nadelöhr der bildungspolitischen Entscheidungen. Viele Hoffnungen lassen sich darauf gegenwärtig allerdings nicht setzen.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. zu den vorgenannten Zahlen: Rolf / Klemm / Tillmann (Hrsg.), *Jahrbuch der Schulentwicklung*, Bd. 2, Kap. II, Weinheim 1982.

²⁾ In einigen Bundesländern (z. B. Hamburg, Hessen, Berlin) tritt außerdem die Gesamtschule als viertes Angebot in der Sekundarstufe hinzu, dadurch ergibt sich eine noch kompliziertere Problemlage. Dies wird hier ausgeklammert, weil es an anderer Stelle ausführlich behandelt wurde: Vgl. Horst Kemper/Klemm/Tillmann, *Konkurrenz als Feind des pädagogischen Geschäfts*, in WPB 2/1982.

³⁾ Vgl. Deutscher Bildungsrat, *Bericht '75*, Bonn 1975, S. 426.

⁴⁾ Ebenda, S. 97.

⁵⁾ Vgl. Rolf/Hansen/Klemm/Tillmann (Hrsg.), *Jahrbuch der Schulentwicklung*, Bd. 1, Weinheim 1980, S. 46.

⁶⁾ So das Ergebnis einer 1981 bundesweit durchgeführten Repräsentativbefragung. Vgl. *Jahrbuch der Schulentwicklung*, Bd. 2, Kap. I.

⁷⁾ Dies wird bei Horst Kemper u. a., WPB 2/1982, ausführlich dargestellt.

⁸⁾ Vgl. Fabry, *Schulen in Konkurs?*, in WPB 5/1982. ○